



Amtsgericht Minden

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 01.07.2026, 09:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 223, Königswall 8, 32423 Minden**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Minden, Blatt 5458,

BV lfd. Nr. 6

Gemarkung Minden, Flur 10, Flurstück 452, Gebäude- und Freifläche,
Gabelsbergerstraße 8, Größe: 857 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten ist das 857 m² große Grundstück bebaut mit einem im Jahr 1925 errichteten Zweifamilienhaus, zweigeschossig, unterkellert.

Modernisierungen und Umbauten fanden statt.

Massivbauweise, verputzt und gestrichen, mit Walmdach, Dachstein (Beton).

Wohnfläche EG 107 m², OG 104 m², DG provisorisch ausgebaut (2 Räume).

Kunststofffenster mit Isolierverglasung, KG: Holzfenster (einfachverglast);
Gaszentralheizung von 1994.

Der bauliche Zustand ist ausreichend; in Teilbereichen
Unterhaltungs-/Renovierungsstau.

Garage und ein weiterer Stellplatz vorhanden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 25.03.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

335.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.